

# ÖDP begrüßt Kritik der Verbraucherzentralen an Facebook

geschrieben von Karin Hurrle | 26. Februar 2015



## Agnes Becker (ÖDP): „Facebook macht mit seinen Nutzern was es will!“

Agnes Becker, zweite stellvertretende Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), zeigt sich erfreut über die Abmahnung des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen (vzbz) an das soziale Netzwerk Facebook. Die Verbraucherschützer sahen den Hinweis auf der Startseite des Portals, Facebook sei kostenlos, als irreführend an. Becker hatte bereits vor einigen Wochen das amerikanische Unternehmen für seine Datenschutzpraxis kritisiert. Gerade die seit 31. Januar geltenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen waren dabei besonders aufgefallen. Nun legt die junge Politikerin nach und ergänzt die Kritik der Verbraucherschützer um einen weiteren Punkt: „So lange Facebook von Unternehmen, Parteien und anderen Organisationen Geld einsammle, um Werbung auf den Newsfeeds seiner Nutzer zu schalten, ist dieser Hinweis bestenfalls fragwürdig. Das Geschäftsmodell von Facebook beruht gerade darauf, die persönlichen Daten der Nutzer zu Geld zu machen. Das müsste man ehrlicherweise schon einmal nach Außen verdeutlichen.“

Auch könne man den Eindruck gewinnen, dass die gefilterten Newsfeeds, die sozialen Realitäten im Netzwerk kaum mehr abbilden. Es sei zum Beispiel mit einer Unternehmens- oder Organisationsseite bei Facebook kaum mehr ersichtlich, wem, wann und wieso Facebook Beiträge anzeige oder wieso eben nicht. „Dies ist auch aus Verbraucherperspektive bzw. Kundenperspektive ein äußerst fragliches Vorgehen“, so Becker weiter. Daher sei ein „gefällt mir“ eines Nutzers kein wirkliches Abo der Seite. Die Garantie, die Beiträge der „gelikedten“ Seite wirklich angezeigt zu bekommen, habe man nur durch Abschalten des Filters. Wie jedoch der Filter genau aufgebaut sei, mache Facebook nicht transparent. Damit würden intransparente Algorithmen, in Form des Newsfeed-Filters, immer bestimmender für den Informationsfluss der Nutzer. „Die Selbstbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer steht auf dem Spiel“, ist Agnes Becker überzeugt. Für Beschwerden gegen diese oder andere Vorgehensweisen habe das Unternehmen nicht einmal eine Kundenhotline eingerichtet. Mit

sozialem Netzwerk im Wortsinn von „sozial“, habe das nichts zu tun. Daher fordert Becker die Bundes- und Europapolitik dringend dazu auf, das Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen und dessen Marktmacht kritischer zu hinterfragen. (red.)